



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-959
Telefax: 0711 2063-14-959
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wendtstraße 10
76185 Karlsruhe

Telefon: 0721 84 93 47
Telefax: 0721 8 30 79 82
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Karlsruhe, 15. März 2007

Pressemitteilung

Groh: MdL Stober (SPD) informiert falsch. Alle Kinder können Englisch lernen.

Erneut beweist MdL Stober (SPD) wie oberflächlich er seiner Arbeit als Parlamentarier nachgeht.

Wenn er nämlich behauptet, an allen Gymnasien -außer den humanistischen- werde in Klasse 5 nur Französisch unterrichtet, so ist das unsachlich und schlichtweg falsch.

„Stober hat offensichtlich noch immer nicht verstanden, dass die Sprachenkombination Französisch / Englisch an 9 Karlsruher Gymnasien unterrichtet wird, im Bismarckgymnasium die Kombination Latein / Englisch und im Helmholtz-Gymnasium Französisch / Englisch im naturwissenschaftlichen Profil“, so Groh.

Der Kultusminister hat es den Schulen überlassen sogar selbst zu bestimmen wie sie das Nähere regeln, ob sie etwa mit 2 Sprachen in Klasse 5 beginnen oder zeitlich abgestuft in Klasse 5, 5 1/2 oder Klasse 6. Ebenso steht es in der Wahlfreiheit jeder Schule eine 3. Sprache in Klasse 7 oder Klasse 8 hinzuzunehmen. Bei der Kombination Latein / Französisch kann also ab Klasse 7 oder 8 Englisch hinzukommen und Französisch nach Klasse 7 abgewählt werden.

An 9 von 11 Karlsruher Gymnasien wird also Englisch und Französisch sowohl im sprachlichen als auch im naturwissenschaftlichen Profil unterrichtet. Insoweit irrt Stober auch in dieser Detailfrage und verbreitet Unsachlichkeit, wenn er eine schwierige Durchlässigkeit zwischen Gymnasium und Realschule ins Feld führt.

Karlsruher Interessen vertreten heißt in erster Linie sich sachkundig zu machen und die Bürgerinnen und Bürger inhaltlich richtig zu informieren. Bei der gegebenen Sachlage sind die Äußerungen Stobers fahrlässig, verunsichernd und belasten politisches Handeln unnötigerweise.

„Ich halte es für unverantwortlich die Eltern und Schüler wenige Tage vor der Entscheidung derart zu verunsichern“, so Groh abschließend.